Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133;

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4699.

Nr. 347. Halle, Mittwoch, den 28. Juli 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Alle Mann an Deck.

II.

Mehr Beweglichkeit des Geistes!

Die Reden der Reichsminister in der Sonnabend-Sitzung des Reichswirtschaftsrates und am Montag im Reichstage haben den Beweis erbracht, daß wir mit der Auffassung, die wir in den letzten Tagen an dieser Stelle ausgesprochen haben, uns auf dem richtigen Wege befinden. Allerdings passen die offiziellen Ausführungen der Regierungsvertreter der deutschnationalen und auch einem Teile der volksparteilichen Presse gar nicht in ihren agitatorischen Kram. Besonders kann man sich mit den Gedankengängen des Dr. Simons nicht befreunden und einzelne rechtsstehende Blätter sehen nach wie vor ihre vornehmste Aufgabe darin, rein negierende Kritik zu üben, statt wenigstens die Wege anzugeben, die nach ihrer Ansicht das deutsche Volk mit der erforderlichen Schnelligkeit aus den Schwierigkeiten der Gegenwart herausführen können. Auch der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei nörgelte in seiner Montag-Sitzung in kleinlichster Weise an der Rede des Außenministers herum. Uns als Demokraten aber will es scheinen, als ob die ruhige, sachliche, verstandesgemäße Art Dr. Simons, die sich von Gefühlsmomenten frei zu halten versuchte, dem Wohle des deutschen Volkes besser gedient hat, als wenn er, wie es die Volksparteiler wünschen, die in Spa mühsam geknüpften Verbindungsfäden mit unseren bisherigen Gegnern, mit denen wir doch vor dem Kriege ebenfalls einträchtig zusammenzuleben versuchten, durch schaumschlägerische Polterei nach alldeutschem und vaterlandsparteilichem Muster unseligen Angedenkens leichtsinnig wieder zerrissen hätte.

Wir freuen uns, daß Dr. Simons in seinen Ausführungen den echten Demokraten nicht verleugnet hat. Er hat durchaus recht, wenn er nicht den Versuch gemacht hat, die heißsprornigen Eseleien zu beschönigen oder gar gut zu heißen, die uns aus dem Fall Dorten wie aus den Vorgängen vor der französischen Botschaft in Berlin neue Schwierigkeiten hätten schaffen können. „Rim Hort, klar Kimming." Weites Herz, klarer Horizont ist, wie wir schon vor kurzem betonten, für die Steuerleute des Reichsschiffes heute mehr denn je vonnöten. Daß er das besitzt, hat Dr. Simons auch in seinen letzten Reden bewiesen.

Was daneben dem Volke in seinen breitesten Schichten jetzt nötig, ist jene Beweglichkeit des Geistes, die sich von alten Doktrinen mit einem energischen Ruck freizumachen versteht, wenn es die Not erfordert. Die Amerikaner können uns in gewissem Sinne dabei als Vorbild dienen. Sie haben jene leichte Beweglichkeit des Willens und der Auffassungsgabe, die kurz entschlossen nach neuen Wegen und neuen Mitteln sucht, wenn die alten nicht zum Ziele führen. Für sie gibt es kaum das Wort: es geht nicht; für sie gibt es nur das Ziel, das zu erreichen eben die Mittel gesucht und gefunden werden müssen.

Das Ziel, das vom deutschen Volke erreicht werden muß, ist augenblicklich festgelegt durch das Abkommen von Spa. Daran gibt es kein Drehen und Deuteln. Davon kann nichts abgehandelt werden, denn hinter der Nichterreichung dieses Zieles steht möglicherweise der Zusammenbruch, das Chaos mit allen seinen fürchterlichen Nebenerscheinungen. Derjenige, der diese Gefahr bis in ihre letzten Konsequenzen zu durchdenken vermag, fühlt sich manchmal versucht, das aus engherzigen Auffassungen hervorgegangene Geschreibsel und die kleinliche Nörgelsucht mancher Blätter nur noch pathologisch zu betrachten.

Was uns nottut, ist, wie gesagt, eine größere Beweglichkeit des Geistes und des Willens, als sie im Augenblick noch manchmorts zu beobachten ist. Auf der einen Seite besteht die Notwendigkeit, die Produktion, nicht nur im Kohlenbergbau, sondern im allgemeinen energisch zu erhöhen, um Werte zu schaffen. Auf der anderen Seite wird das Gespenst drohender Arbeitslosigkeit an die Wand gemalt. Hier klafft ein Widerspruch, der überwunden werden muß und überwunden werden kann, wenn jedermann sich der Schwere der Verantwortung bewußt wird, die auf ihm lastet.

Im Juli 1914 haben alle Deutschen ohne Ausnahme, weil sie von der Notwendigkeit der Verteidigung des Vaterlandes überzeugt waren, keinen Augenblick gezögert, die Arbeitsjacke ihres Berufes mit dem feldgrauen Rock, der alle Berufs- und Klassenunterschiede verwischte, zu vertauschen. Heute handelt es sich um eine nicht minder ernste Gefahr, die wieder alle Mann an Deck ruft. Da kann es nur eins geben, die nationale Arbeitspflicht, die nicht erzwungen, sondern freiwillig geleistet werden muß. Wie die Dinge liegen, kann und darf es jetzt keine Arbeitslosigkeit geben. Erzwingen die Verhältnisse eine Stillegung von Betrieben, so wird es für die freiwerdenden Kräfte andere lohnende Beschäftigung geben. Es hieße die Intelligenz und die Fähigkeiten der deutschen Arbeiterschaft und der industriellen Angestellten unterschätzen, wenn man annehmen sollte, daß ihnen eine gewisse berufliche Umstellung nicht möglich sei. Es gehört guter Wille und jene Beweglichkeit des Geistes dazu, die wir eingangs erwähnt haben. Hauptaufgabe der Regierung und der Berufsorganisationen ist es, beides zu wecken und zu fördern. Die Zeiten sind zu ernst, als daß es auch nur eine müßige Hand in unserem Vaterlande geben darf. Daß die organisierte Arbeiterschaft das erkannt hat, dafür legen die Reden der Führer im Reichswirtschaftsrat und im Reichstage Zeugnis ab. Nun dürfen aber auch andere Berufsschichten Sonderinteressen irgendwelcher Art nicht mehr in den Vordergrund schieben, weder offen, noch im Gedanken, sondern müssen mit ernstem Willen nur noch das Interesse des gesamten Volkes, das Wohl des Vaterlandes bestimmend sein lassen. Das ist Demokratie im edelsten Sinne, das ist Nationalbewußtsein reinster Ausprägung, das nur den vollen Einsatz jedes Einzelnen für das Ganze und den Schutz jedes Einzelnen durch das Ganze kennt. Keiner darf heute versagen, denn auf dem restlosen Einsatz jedes Einzelnen ruht das Wohl des deutschen Vaterlandes. Ueber Bord mit allem falschen Standesdünkel und allem egoistischen Ballast. Ueber Bord mit jeder bürokratischen oder sonstigen Engherzigkeit. Geist und Willen gespannt nur auf das eine Ziel: Arbeit!

⊙

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung. Dienstag, 27. Juli, 2 Uhr nachmittags.

Auch heute sind Haus und Tribünen stark besetzt. Die Interpellation Dr. Fleischer u. a. über die Unterstellung verschiedener Ortschaften Westpreußens unter polnische Oberhoheit wird zunächst behandelt.

Reichsminister Dr. **Simons** erklärt sich bereit, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten.

Dann wird die

Besprechung der Konferenz von Spa

fortgesetzt.

Zur Ergänzung seiner gestrigen Ausführungen über die Ausführung der

Ehrenbezeugung vor der französischen Fahne

erklärte

Reichsminister Dr. **Simons**, er habe die Reichswehr nicht verletzen wollen, seine Ausführungen seien mißverstanden worden. Er habe nur die unangebrachte Adjustierung der Truppe, z. B. Mütze statt des Helms, im Auge gehabt.

Abg. **Stampfer** (Soz.) spricht sich in großen Zügen zustimmend zu den gestrigen Ministererklärungen aus. Regie und Reglement habe aber, ebenso wie in Spa, auch bei den letzten Vorkommnissen, die der Minister anführt, versagt. Vielleicht werde das Reglement bei der Reichswehr noch öfter versagen und wenn derartige Fälle des Versagens des Reglements, wenn es sich um die Verhaftung der Kapp-Putschleute handele, mehr vorkommen, schiene ihm noch hunderttausend Mann Reichswehr zu viel. Die französischen Imperialisten hätten sich anscheinend vorgenommen, alle Dummheiten nachzumachen, die seinerzeit die deutschen Imperialisten begangen hätten. So sei auch der Versuch, Bayern zu ukrainisieren, aufzufassen. Er protestiert gegen die Methode von Spa, er verurteilt die Dolmetschertätigkeit Fochs in Spa genau so wie er seinerzeit die Tätigkeit des Generals Hofmann in Brest-Litowsk verurteilt habe. Was in Spa verlangt wurde, bedeutet eine Vernichtung des Friedensvertrages und neuen Krieg. Daß in der Entwaffnungs- und Kohlenfrage die Bedingungen von Spa erfüllt werden müßten, sei wahr. Die Arbeiter wollen dem auch entsprechen in der Ueberzeugung, dadurch dem Allgemeinwohl zu dienen. Redner kommt dann auf die Sozialisierung zu sprechen und verlangt dabei eine zweckmäßige Anpassung der Kapitalisten an diese Idee, damit keine Störung der Betriebe erfolge. Könne das Ruhrgebiet durch Sozialisierung gewissermaßen immunisiert werden, so werde das auf Frankreich sofort zurückwirken. Der Kampf in Rußland sei der Zusammenprall der kapitalistischen Westmächte und der bolschewistischen. Deutschland müßte neutral bleiben, nicht aus politischen Gründen, sondern aus sozialer Veranlassung. Es müßte Scheidewand oder Brücke sein, je nachdem es die Verhältnisse verlangten. Damit werde ein zweiter Weltkrieg vermieden werden. Leider habe der Westen Europas nicht das richtige Verständnis für Deutschlands Mission. Auch seine Partei gehe mit bestimmten Hoffnungen nach Genf zum internationalen Sozialistenkongreß und werde dort kein Paria sein. Er hoffe, daß auch Deutschland bald diese Rolle nicht mehr zu spielen brauche.

Abg. Dr. **Breitscheid** (U. S.): Ob Spa ein Erfolg gewesen sei oder nicht, sei unwesentlich. Wir hätten den Krieg verloren, das scheine man noch nicht genau zu wissen, daher Versailles und Spa. Die Herren, die vor sechs Jahren leichtfertig den Krieg heraufbeschworen, seien schuldig an unserem Unglück, mitschuldig seien die, die das sechs Jahre mit geduldet hätten. (Protest der Sozialdemokraten.) Seine Partei habe von Spa nichts Besonderes erwartet; sie sei nur auf der Hut gewesen, daß nicht etwa den Arbeitern noch mehr Lasten aufgebürdet werden, aber Spa sei noch nicht die letzte Instanz. Wenn Minister Simons im Ausschuß der auswärtigen Angelegenheiten die Ansicht ausgesprochen habe, es werde mit der Reduzierung der Reichswehr wohl nicht so schlimm werden, denn in sechs Monaten könne sich viel ereignen, so frage er nochmals, was damit gemeint sei. Jedenfalls warne er vor jedem Versuch, den Wünschen der Entente in dieser Frage zu entschlüpfen. Redner wendet sich gegen Massierung von Truppen in Ostpreußen und hofft, daß diese Truppen nicht eine andere Auffassung von Neutralität haben als die Regierung. Jedenfalls werde die Arbeiterschaft irgendwelche Unternehmungen gegen Sowjetrußland nicht zulassen, dem er in dem heiligen Kampfe um die Früchte der Revolution die Grüße der deutschen Brüder zurufe. (Hui-, hui-Rufe und großer Lärm.) Die früheren deutschen Regierungen haben leider den Kampf gegen Rußland durch Waffenlieferungen und Duldung von Werbungen unterstützt. Hoffentlich wird die Entente nicht hierin einen Präzedenzfall erblicken und Forderungen an uns stellen. Jedenfalls wird die Regierung sich dann nicht einschüchtern lassen. Er danke dem Dr. Simons für seine verständigen Worte über Rußland und hofft, daß er sich mit seiner besonderen Auffassung durchzusetzen vermag. Er sollte aber den eisernen Besen anwenden, um im Auswärtigen Amt Auskehr zu halten, aber er fürchte, daß schon der Todesvogel über dem Haupte des Ministers kreise. Durch seinen heutigen Rückzug habe der Minister ja schon bewiesen, daß es auch ihm unmöglich sei, wider den Stachel des Militarismus zu löken. Der Stahlhelm schwebe auch eben über diese Regierung. Redner polemisiert gegen das Verhalten des Herrn Stinnes in Spa, dessen Ton die Stimmung der Entente gegen uns beeinflußt habe. Die internationale Bourgeoisie habe alle Schuld der Deutschen vergessen, um mit Herrn Stinnes neue Geschäfte über die Gräber der Gefallenen hinweg abzuschließen. Herr Stinnes sei überhaupt ein guter Geschäftsmann, da könne man doch fragen, ob er sich nicht auch mit einer Besetzung des Ruhrgebietes abgefunden haben würde. (Ungeheurer Lärm; Zuruf: Verleumder!) Redner fragt, ob auch Maßnahmen getroffen seien, die den Arbeitern die Lebensmittel garantieren und was gegen die Kohlenverschiebungen getan sei. Er sieht in der Sozialisierung das beste Mittel, die Arbeitsfreudigkeit und Energie des Arbeiters zu wecken. Gegen das Ergebnis von Spa wolle er nichts sagen, aber gegen die Methode, welche die Regierung dort in der Frage der Entwaffnung verfolgt, müßte er sich aussprechen. Deshalb könne er der Regierung kein Vertrauen bekunden.

Minister Dr. **Simons** erwidert: Der Vorredner habe einen Unterschied in der Stellung zum Bolschewismus und dem Reichskanzler konstruiert. Wenn der Reichskanzler von notwendigen Truppenansammlungen gegen den Bolschewismus gesprochen habe, so habe er damit nicht die Idee des Bolschewismus gemeint, sondern nur die Truppen an der Grenze. Material über die Reichswehrangelegenheiten sei in Spa weder vom Reichskanzler noch von ihm, noch von dem General von Seeckt der Entente zugänglich gemacht. Im übrigen wollte er feststellen, daß in seinem Ressort seine Ansichten maßgebend seien und daß er stark genug sei, ihnen Geltung zu verschaffen, sonst werde er gehen. Zur Neutralitätsfrage gegenüber Rußland bemerkte er, wir seien nicht so ohnmächtig, daß wir nicht noch um uns schlagen könnten, aber eine Neutralität, der man nicht Achtung verschaffe, sei keine Neutralität, daher die Truppenansammlungen in Ostpreußen. Der angehaltene polnische Zug hat tatsächlich Kriegsmaterial an Bord gehabt und ist nach Koblenz zurückgeschickt worden. Es sind auch weder deutsche Offiziere nach Warschau abgereist, noch solche im russischen Heere tätig. Zu seiner heutigen Erklärung in der Fahnenaffäre wolle er bemerken, daß es nicht beschämend sei, einen einmal gemachten Fehler zuzugestehen. Im übrigen wolle er ausdrücklich feststellen, daß die Regierung Gewaltanwendung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mit ganzer Kraft niederschlagen wird. Er nimmt sodann Herrn Stinnes gegen die Insinuationen des Herrn Breitscheid in Schutz. Den Ideen des Bolschewismus müsse er widersprechen. Der Bolschewismus sei augenblicklich eine Macht, mit der man jetzt rechnen müsse, aber im Inneren seien die Verhältnisse jetzt anders geworden. Die Rätdiktatur sei schon vorbei. Sozialismus sei etwas ganz anderes, sei die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Heiterkeit links; Beifall.)

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.) scheint sich zustimmend zu den Erklärungen des Ministers auszusprechen, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Professor **Hoetzsch** (D. N.) meint, die Ergebnisse von Spa seien für seine Partei keine Enttäuschung gewesen, wohl aber die gestrige Rede des Reichsaußenministers, der auch der kleinste Funken nationalen Empfindens gefehlt habe. Mit drei Verpflichtungen war die Delegation nach Spa gegangen: 1. Würde und nationale Festigkeit festzuhalten. 2. Auf kein uns zustehendes Rechtsmittel zu verzichten. 3. Nicht Unerfüllbares zuzusichern. Was sei nun daraus geworden? Die Berichterstattung des Wolffbureaus hat es so dargestellt, als seien weltgeschichtliche Fortschritte erzielt worden. Das sei ein auf den Kopfstellen der Tatsachen. Daß man uns im Auslande nicht mehr ganz ernst nehme, nachdem wir erst die Forderungen als unmöglich bezeichnet und nachher doch angenommen hätten, sei klar. Die einzigen, die stark geblieben seien, waren die Herren Stinnes und Hué, im übrigen entsprach die Delegation den Forderungen unserer nationalen Würde nicht. Der Einmarsch in das Ruhrgebiet wäre ein Rechtsbruch gewesen, wenn die Delegation dieser Auffassung nicht entsprechend Nachdruck verliehen habe, sondern nur die Unterzeichnung im Protokoll ablehnte, so verstieß sie auch gegen ihre zweite Aufgabe. An die technische Erfüllbarkeit der Entwaffnungsvorschriften glaube er nicht. In der Kohlenfrage sei Unmögliches zugesichert worden, man müsse hier ein großes Fragezeichen machen. Von der Genfer Konvention erwartet er ebenfalls nichts. Mit dem Bolschewismus sei es aus. Er glaube nicht an den Einmarsch in das Ruhrgebiet, die Delegation hätte fest bleiben müssen. Seine Partei lehne die Billigung dieses Verhaltens ab und fordere die Revision des Vertrages von Versailles.

Reichskanzler **Fehrenbach**: Die Rede des Abgeordneten Hoetzsch war so aufgehaut, als sei sie am 27. Juli 1914 gehalten worden, nicht jetzt, wo die Tage von Versailles und Spa da waren. Wir hätten wohl auf unseren Kopf be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200728011/fragment/page=0001

stehen bleiben sollen? Auch an unseren guten Willen und Glauben an unseres Vaterlandes Zukunft habe der Vorredner gezweifelt. Der Außenminister habe als ehrlicher Mann gesprochen, wie die Verhältnisse liegen. Da sei es doppelt schmerzlich, solche Worte und Vorwürfe hören zu müssen. Das Parlament könne dem Minister nur dankbar sein, daß er frei und offen alle Fragen der auswärtigen Politik besprochen und dabei bewiesen habe, daß nichts verheimlicht werden soll. Diese Art würde allmählich im deutschen Volke mehr Verständnis finden und auch im Auslande nicht unbeachtet bleiben. An die militärische Frage sei tatsächlich die Entente erst am Vorabend der Konferenz in Brüssel lästig geworden, diese Angelegenheit zu behandeln. Am Dienstag haben wir dann auseinandergesetzt, daß wir die Entwaffnung nicht vornehmen können, wenn gleichzeitig die Reichswehr reduziert würde und dabei habe er gleichzeitig über die bolschewistische Frage im Osten gesprochen, ohne sich ein Urteil über den Bolschewismus selbst anzumaßen. Wenn Vorredner uns Vorwürfe macht, wir hätten die nationale Würde und Festigkeit verletzt, so habe er sich die Sache sehr leicht gemacht. Die Vorwürfe, wir hätten Rechtstitel aufgegeben, auf die wir nicht hätten verzichten dürfen, treffe nicht zu. Die Entente habe ausdrücklich erklärt, es käme gar nicht darauf an, ob wir in der Belastungsfrage unterschreiben wollten oder nicht. Damit hätten wir uns also doch nichts vergeben. Auch in der Polenfrage seien wir fest geblieben bis zuletzt. Zur Ehrenhaftigkeit der Alliierten müßten wir das Vertrauen haben, daß uns aus Oberschlesien 300- bis 400 000 Tonnen Kohle zukommen könnten. Was hätten wir erreicht, wenn wir fest geblieben wären und die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten und die gesamte deutsche Industrie lahmlegten. Schließlich wären die Arbeiter den Lockungen der Entente nachgefolgt, und es wäre Süddeutschland auf Kosten Norddeutschland mit Polen bevorzugt worden und damit der Zwiespalt großgezogen, den die Franzosen so gern wollten. Die Delegation sieht dem Urteil des Hauses gern entgegen. Wir sind gern bereit, dem Herrn Vorredner und einem seiner Freunde nach Genf zu schicken, vielleicht wird ihm dann selbst zum Bewußtsein kommen, daß sie einem geschlagenen Volke angehören und, statt zu befehlen, verhandeln müssen. Unsere Kritik werden sie sich dann freilich auch gefallen lassen müssen. (Beifall.)

Nach Genehmigung einiger kleiner Vorlagen vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. Außerdem Interpellation wegen des Weichselufersstreifens.

Schluß 7¼ Uhr.

Die Lebensmittelvorschüsse an Deutschland.

Paris, 27. Juli. (Havas.) Infolge der in Spa getroffenen Vereinbarungen, die eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute zur Erzielung einer höheren Ausbeute an Kohlen bezwecken, haben sich die Regierungen von Frankreich, England, Belgien und Italien veranlaßt gesehen, gemeinsam Lebensmittelvorschüsse an Deutschland zu gewähren. Die französische Regierung hat deshalb heute einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Finanzminister ermächtigt, an dieser Operation teilzunehmen.

Paris, 27. Juli. Der französische Finanzminister hat der Kammer einen Gesetzentwurf bezüglich der an Deutschland zu gewährenden Kredite infolge des in Spa getroffenen Kohlenabkommens unterbreitet. Der Antrag wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Vorbereitungen für die Konferenz in Genf.

Amsterdam, 27. Juli. Nach einer amtlichen Londoner Meldung wird die englische Regierung auf der Konferenz in Genf, wo mit den deutschen Delegierten die Frage der Wiedergutmachung erörtert werden soll, durch den Schatzkanzler Chamberlain und Worthington Evans vertreten sein.

Dr. Geßler über Spa.

München, 26. Juli. In seiner schwäbischen Heimat, in Lindenberg, sprach Reichswehrminister Dr. Geßler vor einer vom Demokratischen Verein einberufenen Versammlung über Spa und die schwebenden politischen Fragen. An die Spitze seiner Rede stellte er nach dem Bericht der Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz die Forderung, daß sich das deutsche Volk von allen Illusionen frei machen und den Mut haben müsse, der wirklichen Lage scharf ins Gesicht zu blicken. Nach den drei Noten, die uns im Juni die Entente sandte, mußten wir wissen, daß man über die militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages nicht mit uns verhandeln wolle. Es habe darum auch kein Anlaß für die deutsche Regierung bestanden, die militärischen Spitzen mit nach Spa zu nehmen. Die Schwierigkeiten, die sich der Reduzierung der Reichswehr entgegenstellten, lägen vor allem im Arbeitsmarkt begründet, der jede weitere Entlassung als weitere sehr gefährliche Verstärkung des Arbeitslosenheeres erscheinen lasse. Dazu trete die andere Tatsache, daß in Deutschland zwei politische Lager mit den Waffen gegeneinander gerüstet hätten. In beiden Lagern überwiege bei dem größten Teil die Absicht der bloßen Verteidigung und Abwehr, aber unleugbar fänden sich auf beiden Seiten auch Elemente der Unruhe, die völlig andere Ziele verwirklichen wollten. Angesichts eines solchen Zustandes obliege jeder ernstzunehmenden Regierung als oberste Pflicht die Aufrechterhaltung und Erhaltung einer eigenen Macht, deren vornehmster Zweck es sei, den Bürgerkrieg zu verhindern. Wenn bei der Entente die Vernunft gesiegt hätte, hätte sie selbst hieran das größte Interesse haben müssen. Bei dem Fehlen jeglichen Verhandlungswillens habe die Verhandlung der militärischen Fragen in Spa mehr den Eindruck einer Komödie hinterlassen, bei der Paris auf der Galerie gesessen und der Abschlachtung des „deutschen Militarismus" Beifall geklatscht habe. Man habe seinen, Geßlers, Rücktritt vom Amte erwartet. Er habe bei seinem Eintritt in das Kabinett die Bedingung gestellt, daß an der Forderung des 200 000 Mann-Heeres festgehalten werde. Diese Zusage habe er erhalten, und was er in Spa vertreten habe, sei unter vollster Zustimmung des Reichskabinetts und der Ministerpräsidenten der Länder erfolgt. Wenn er nun heute noch im Amte sei, so nur deshalb, weil ihn an verantwortlichster Stelle stehende Männer darum gebeten und aufgefordert hätten, seine Pflicht zu tun. Es wäre persönlich wohl angenehmer und dankbarer gewesen, mit einer schönen Geste abzutreten. Aber bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen bedeute ein Ministerabgang mehr als ein bloßer Personenwechsel. Die ganze Entwaffnungsfrage stelle uns vor eine überaus ernste Aufgabe. Was werde nun kommen? Die Russen ständen an der deutschen Ostgrenze. Das Reichskabinett habe die Neutralität des Deutschen Reiches erklärt. Wir hätten nicht den mindesten Anlaß, uns gegen das von den Polen angegriffene Rußland zu wenden, wir müßten es aber auch abweisen, dem „siegreichen General Brussilow", wie rechtsstehende Organe es angeregt hätten, die Hand zu reichen zum Kampfe gegen die Entente. Ein solcher Rat empfehle uns eine Abenteurer- und Katastrophenpolitik. Deutschland habe für seine wirtschaftliche Genesung und Erholung Ruhe und Frieden nötig. Der uns vorgezeichnete Pfad sei schmal und dornenvoll. Jeder Fehltritt setze uns der Gefahr aus, das letzte, was uns geblieben sei, zu verlieren: die deutsche Einheit. Unsere Politik könne sich nicht an Worten berauschen; sie müsse aber getragen sein vom bei uns versagenden Willen, ein neues großes Deutschland zu bauen. Die Staatsmänner von heute müßten auf billige Popularität verzichten; sie hätten aber Dank genug, wenn eine spätere Zeit erkennen würde, daß sie in Zeiten der tiefsten Not am Vaterland nicht verzweifelt seien, sondern mit Mut und Schweigen an seinem Wiederaufbau gearbeitet hätten.

Der Fall Dorten.

Paris, 27. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Mainz sollen die alliierten Vertreter die Auslieferung derjenigen Personen verlangt haben, die Dr. Dorten aus dem besetzten Gebiet entführt haben.

*

Dorten noch in Haft? Das „Leipziger Tageblatt" meldet, bei der Reichsanwaltschaft war bis heute mittag noch nichts von einer Entlassung des Dr. Dortens bekannt. Die Angelegenheit ruht zurzeit in den Händen des zuständigen Untersuchungsrichters, der darüber zu befinden hat, ob der Haftbefehl aufrechterhalten werden kann, oder ob Dr. Dortens freizulassen ist. Die amtlichen Stellen beobachten Stillschweigen darüber, ob Dorten sich noch in Leipzig befindet oder nicht.

Der polnisch-russische Krieg.

Kopenhagen, 27. Juli. Der polnische Heeresbericht meldet: An der Südfront wurden starke bolschewistische Angriffe überall abgeschlagen, die Linie längs der Flüsse Chrucz und Styr ist vollständig in unserem Besitz. Bei Dubno hat der Kampf mit der feindlichen Reiterei eine für uns günstige Wendung genommen. Westlich von Slonim wurden heftige Kämpfe in der Richtung auf Roshany zu unseren Gunsten entschieden. Feindliche Versuche, den Niemen östlich von Grodno zu überschreiten, wurden abgeschlagen. Durch eine erfolgreiche Operation haben wir die auf dem linken Niemen liegenden Befestigungen von Grodno wieder erobert.

Eine Drohung Towers.

D. Danzig, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Oberkommissar Tower hat den Führern der Danziger Hafenarbeiter, die sich weigerten, einen für Polen bestimmten Munitionsdampfer zu entladen, erklären lassen, daß ihre Weigerung ernste Folge haben könnte. Der Friedensvertrag sichere den Polen ein Recht auf die Benutzung des Danziger Hafens, bei ähnlichen Schwierigkeiten könne es dann geschehen, daß den Polen der Danziger Hafen zugesprochen werde. Die polnische Presse verlangt die militärische Besetzung des Danziger Hafens.

Hinzuziehung Deutschlands zur russisch-polnischen Friedenskonferenz in London.

Paris, 27. Juli. „Petit Parisien" schreibt, es sei auch die Frage zu erörtern, ob Deutschland als eine Macht anzusehen sei, die an der Regelung der Ostfrage interessiert ist und infolgedessen an der Friedenskonferenz nach London hinzuzuziehen werden muß. Die englischen liberalen und sozialistischen Blätter und, wie man hört, auch die englische Regierung seien bereit, diese Frage in bejahendem Sinne zu beantworten. Das Blatt fragt weiter, ob es wahr sei, daß in Spa von dem polnischen Ministerpräsidenten die Zustimmung Polens zu einer etwaigen Abänderung der Friedensvertragsklauseln für Danzig und Oberschlesien verlangt worden sei.

Paris, 27. Juli. Die Reise des Ministerpräsidenten Millerand nach Boulogne sur Mer findet auf Veranlassung von Lloyd George statt. In seiner Begleitung befindet sich auch Marschall Foch und Finanzminister Marsal. Die Staatsmänner werden sich in Boulogne mit der Annahme des englischen Vorschlages bezüglich einer Friedenskonferenz der Randstaaten in London unterhalten.

Deutsches Reich.

Koalitionsfreiheit der Reichswehr.

Der Deutsche Offizierbund und der Reichswirtschaftsverband der berufstätigen und ehemaligen Berufssoldaten bittet den Reichstag, die durch den § 32 des Entwurfs für das Reichswehrgesetz gewährte Koalitionsfreiheit unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Lebensmittelschiebungen eines Unabhängigen. Einer der Hauptführer der Unabhängigen in Magdeburg, Betriebsrat Grosse, ein Angestellter des Krupp-Grusonwerkes, erschwindelte durch die Drohung, daß die Magdeburger Arbeiterschaft sofort in den Streik treten werde, von der Reichsfettstelle in Berlin mehrere Waggons Schmalz, die er dann unter der Hand weiter verschob. Er wurde infolge dieser Tat verhaftet.

Der „Trikolorenräuber" aus der Haft entlassen. Der wegen des Diebstahls der Flagge der französischen Botschaft am 14. Juli verhaftete Rohrleger Paul Krzminski ist aus der Haft entlassen worden. Auf seine Beschwerde wurde der Haftbefehl gegen ihn unter der Begründung aufgehoben, daß der Angeklagte eine feste Wohnung habe und auch wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe ein Fluchtverdacht als nicht vorliegend anzusehen sei.

Der Fall Grimm. Von wohlunterrichteter Seite wird der „Dena" geschrieben: Wie bekannt, hat p. Grimm aus Anlaß der Vorgänge in Pommern gegen sich selbst das Disziplinarverfahren beantragt. Dabei hat sich jetzt allerdings ergeben, daß ihm die früher innegehabten Stellen bei Verwaltungsbehörden und Korporationen auf Grund unzutreffender Angaben übertragen worden sind. Die Anstellung im Landwirtschaftsministerium gründet sich auf Auskünfte, die das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung erteilte, die sehr günstig lauteten. Nach den Ergebnissen, die das Disziplinarverfahren geliefert hat, hat p. Grimm freiwillig seinen Abschied aus dem Staatsdienst unter Ver-

Ein Landeswanderkino.

Auf dem Gebiete des Volksgesundheitswesens steht der Freistaat Hessen wohl mehr oder weniger an der Spitze aller deutschen Bundesstaaten. Zurzeit sind alle Vorbereitungen im Gange, um für die Landbevölkerung ein Wandertheater in den Wintermonaten in Gang zu setzen, das gute Kunst auch den kleinen und kleinsten Kreisen des Hessenlandes zugängig machen soll. Nunmehr ist neuerdings anschließend an einige Mustervorführungen von Lehrfilmen der Plan aufgetaucht, auch ein Landeswanderkino für die Wintermonate einzurichten. Dieses Wanderkino soll mit einem transportablen Schulapparat für die verschiedenartige Inanspruchnahme ausgestattet sein. Außer dem Vorführer soll dauernd ein Pädagoge, der von der Schulbehörde zu diesem Zweck zu beurlauben und auszubilden ist, von Ort zu Ort mitreisen. Es ist geplant, die Vorführungen stets in größeren Dörfern oder kleinen Städten abzuhalten, die das Zentrum für eine Anzahl umliegender Ortschaften darstellen. In den Vormittagsstunden würden dann an jedem so besuchten Orte reine Lehrfilmvorführungen für die im Orte befindlichen und benachbarten Schulen stattfinden. Die Nachmittagsstunden würden spezieß Vorführungen und Vorträgen zum Zwecke der Fachausbildung (Landwirtschaft, Technik, Gewerbe usw.) oder auch der hygienischen Volksaufklärung dienen. Es kämen hierbei außer geschlossenen Verbänden, Vereinen, Volkshochschulen, vereinzelt wohl auch Schulklassen als Zuschauer in Betracht. In den Abendstunden müßte das Wanderkino dann Kulturfilmvorführungen, teils belehrenden Inhalts, teils öffentliche Vorführungen medizinisch-hygienisch aufklärender Art, teils auch einfache Unterhaltungsfilme darbieten. Letzteres käme besonders für diejenigen Ortschaften in Betracht, wo bisher kein festes Kinotheater besteht. Durch eine derartig vielseitige Ausnutzung zu Schulzwecken für allgemeine Volksbelehrung und Bildung, schließlich zu Unterhaltungszwecken, würde es sich wohl erreichen lassen, daß ein derartiges Landwanderkino sich selbst erhält oder zum mindesten nur ganz geringfügige Zuschüsse erfordert. Der Hauptwert wäre aber schließlich, daß der Gedanke der Kinematographie als Lehr- und Bildungsmittel in weite Kreise des Volkes hineingetragen wird, die bisher hiervon kaum eine Ahnung hatten, während gerade in diesen Kreisen das reale Bedürfnis nach einer so einfachen und wirkungsvollen Bildungsmöglichkeit am stärksten ist.

Der erste Mönch.

Das Verdienst, die cönobitischen Mönchskloster begründet zu haben, gebührt dem heiligen Pachomius, der gegen das Jahr 1235 bei Esna, einer Stadt, die etwa eine Tagesreise von Theben entfernt war, das Licht der Welt erblickte. Kaum zwanzigjährig, wurde er unter die Soldaten gesteckt und, da noch Heide, nach Antinoopolis geschickt. Der Friede wurde aber rascher geschlossen, als man erwartete. So erlangte er bald die Freiheit wieder und begab sich nach seiner Heimat zu einem verehrten Greis namens Palemon, der dort als Einsiedler lebte. Nach einem harten, drei Monate währenden Noviziat wurde er von dem frommen Eremiten als Schüler angenommen und führte mit ihm sieben Jahre lang ein beschauliches Leben. Während der Tagesstunden lasen beide in den heiligen Schriften oder vertieften sich in das Gebet, und bei Nacht trugen sie Säcke voll Steine und Sand herum, um die Schlaflust zu bekämpfen. Die Nahrung der beiden bestand aus Wurzeln, die ohne jede Würze zubereitet wurden, wenn man sich nicht überhaupt ganz der Speise enthielt. Als Pachomius einmal ein wenig Oel genommen hatte, um die Speise schmackhafter zu machen, wurde er von Palemon mit einer schweren Buße wegen seiner sündhaften Genußsucht belegt. Nach sieben Jahren hatte Pachomius ein Traumgesicht, demzufolge er sich nach Tabinnisi am Ostufer des Niles begab, wo er einige Schüler warb und in der Folge das erste Kloster errichtete, das die Zellen, in denen seine Mönche lebten, durch ein Gehege von der Außenwelt abschloß. In der Mitte des abgeschlossenen Raumes wurde eine Kirche erbaut, und bald waren mehr als hundert Mönche in dem Kloster vereint. Außer diesem Kloster von Tabinnisi gründete Pachomius noch mehrere andere. In einem Kapitel, das einmal im Jahre abgehalten wurde, wurden alle die Vereinigung betreffenden Dinge beraten und Satzungen für das gemeinsame Leben aufgestellt. Wie fruchtbar der Gedanke war, erhellt aus der Tatsache, daß nach dem Tode des Heiligen seinem Orden neun Klöster angehörten, die mindestens dreitausend Mönche beherbergten. Der heilige Pachomius gründete überdies auch ein Nonnenkloster am Gestade des Nils, in das seine Schwester Maria eintrat, während einer seiner Brüder, namens Johannes, im Kloster von Tabinnisi Zuflucht suchte.

Pachomius war gleichwohl nicht der erste, der auf den Gedanken kam, die Zellen seiner Mönche durch Mauern von der Außenwelt zu trennen. Sein Verdienst besteht in der Hauptsache darin, daß er die gemeinsame Lebensführung der Mönche einführte, auch den Mönchen, die nicht in der Gemeinsamkeit lebten, feste Regeln gab, und obendrein die Beziehungen der Mönche untereinander zu ihrem Oberhaupt in eine feste Form brachte. Die Pachomiuschen Klöster setzten sich aus einer Anzahl nebeneinander gebauter kleiner Häuser zusammen. An der Eingangstür des Klosters war ein Häuschen für den Pförtner, ein Amt, zu dem nur die zuverlässigsten Menschen berufen wurden, weil es ihnen oblag, die vorsprechenden Fremden zu empfangen und die Novizen in den Ordensregeln zu unterweisen. Neben dieser Pförtnerwohnung befand sich die Herberge für die fremden Gäste und ein getrennter Raum für die Frauen, die auf der Wanderung ihr Nonnenkloster nicht mehr erreichen konnten, und die gezwungen waren, während der Nacht im Mönchskloster Unterkunft zu suchen. Man fand weiterhin ein Haus, das für jene Mönche bestimmt war, die mit den Küchen- und Tafeldienst betraut waren, und ein anderes Haus, wo die Arbeiten, die die Mönche zum Zweck des Unterhaltes anfertigten, zum Verkauf gestellt waren. Außerdem gab es noch Arbeitsräume, eine Küche, ein Refektorium, eine Bibliothek und einen Krankensaal. Jedes Haus enthielt eine Reihe von Zellen, in deren jeder ein Mönch wohnte. Besuche der Mönche untereinander waren untersagt, wenn der Prior nicht eine Ausnahme von der Regel gestattete. Eine Kirche und ein großer Saal, in dem man sich zum gemeinsamen Gebet versammelte, vervollständigten das Kloster, das sich in Form eines Viereks innerhalb eines Gartens erhob.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200728011/fragment/page=0002

acht auf alle Rechte beantragt und erhalten. Dienstgelder zu Agitationszwecken wurden p. Grimm niemals anvertraut.

Aus dem Aeltestenausschuß. Der Aeltestenausschuß des Reichstages trat heute vormittag zu einer längeren Sitzung zusammen, in der die Geschäftslage beschlossen wurde. Es wurde beschlossen, zu dem Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spa nur eine Rednerreihe zu Worte kommen zu lassen. Heute sollen nur die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien sprechen, zu deren Ausführungen von der Regierung sofort Stellung genommen werden wird. Ferner sollen heute noch der Notetat sowie die Interpellation betreffend Unterstellung verschiedener Ortschaften unter polnischer Staatsoberhoheit erledigt werden. Es kam im Aeltestenausschuß allgemein der Wunsch zum Ausdruck, die Beratungen des Reichstages noch in dieser Woche zum Abschluß zu bringen.

Ausland.

Zur Kabinettsneubildung in Jugoslawien.

Belgrad, 26. Juli. Wesnitsch und Nintschitsch einerseits und Davidowitsch und Pribitschebitsch andererseits sind zu einer Beratung zusammengekommen, um über die Fragen betreffs Neubildung des Kabinetts zu beraten. Nach längeren Verhandlungen mit den diesen Führern nahestehenden politischen Gruppen scheint es, als ob das Kabinett sich auf der alten Basis bald neu zusammensetzen wird.

Zigarrensteuer in England.

London, 27. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Bei Beratung der Finanzlage hielt Chamberlain den Plan auf Einführung einer Warensteuer für Importzigarren aufrecht. Die Steuer wurde angenommen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 28. Juli 1920.

Ueber Teuerungszulagen für Landarbeiter

wird uns geschrieben:

„Die Verhandlungen vor dem landwirtschaftlichen Tarifamt Sachsen-Anhalt über Teuerungszulagen für die Landarbeiter sind am vergangenen Sonnabend in Halle durch Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium entsandten Reichskommissars beendet worden. Es sind während vier Erntewochen 10 Prozent auf alle baren Zeitlöhne einschließlich der bisher schon bewilligten Teuerungszulagen als Wirtschaftsbeihilfe zu zahlen, jedoch nicht im Regierungsbezirk Erfurt und nicht in den Kreisen Eckartsberga, Torgau, Liebenwerda, Wittenberg und Schweinitz. Dazu ist zu bemerken, daß für den ganzen Bezirk des Tarifams Teuerungszulagen auf die diesjährigen Tarife schon durch Beschluß des Tarifamtes vom 5. Juni gezahlt werden müssen und zwar im Bezirk Magdeburg mit Wirkung ab 1. Juni (in der Altmark und den beiden Jerichower Kreisen ab 1. Juli), im Bezirk Merseburg und in Anhalt seit 5. Juni, im Bezirk Erfurt seit 1. Juli. Die Arbeitgeber hatten wesentliche Teile dieser Teuerungszulagen in jener Sitzung am 5. Juni nur unter der Annahme eines bestimmten Getreidegrundpreises zugesagt. Obwohl dieser nun durch die tatsächliche Preisfestsetzung seitens der Regierung nicht erreicht worden ist, erklärten die Arbeitgeber, gleichwohl im Interesse des wirtschaftlichen Friedens, die Teuerungszulagen nach den Beschlüssen vom 5. Juni voll zahlen zu wollen. Die Arbeitnehmer hatten von vornherein den Standpunkt eingenommen, daß sie diese Teuerungszulagen in jedem Falle haben müßten und forderten neuerdings noch eine Erhöhung derselben. Dem glaubten die Arbeitgeber im Hinblick auf die gebundenen Höchstpreise nicht entsprechen zu können. Da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, gab der Reichskommissar den oben erwähnten Schiedsspruch ab.

Damit sind die Verhandlungen der Tarifinstanzen beendet, und es ist zu hoffen, daß die Produktion zum Wohle des Volkes keinen Störungen ausgesetzt sein wird."

Diese Hoffnung haben leider die Landarbeiter und Gärtner in Quedlinburg enttäuscht, indem sie einen „wilden Streik" begannen und zwar auf das Drängen jugendlicher Elemente.

Der Schiedsspruch im Zimmererstreik.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt:

In Sachen des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Halle) gegen den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Halle und Umgegend (E. V.) wegen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist unlängst auf Grund der mündlichen Verhandlung in der Sitzung des Schlichtungsausschusses für Halle und den Saalkreis folgender Schiedsspruch ergangen:

1. Der Lohn wird auf 5,60 Mk. rückwirkend ab 1. Juni 1920 die Stunde festgesetzt.
2. In Rücksicht auf die in Halle gegebenen Ernährungsverhältnisse ist ein Ortszuschlag zu dem Lohne in Höhe von 20 Pfennig die Stunde ab 1. Juli 1920 zu gewähren.
3. Die Regelung der Löhne für die Polierer wird vorläufig, da die Angelegenheit noch zu wenig geklärt ist, abgelehnt.
4. Die Anträge der Antragsteller wegen Entschädigung für Zeitversäumnis in der Sitzung am 18. Juni werden der Regelung durch Verhandlung der Parteien überlassen.
5. Die Antragsteller haben sofort die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Antragsteller unterwerfen sich dem Schiedsspruch, die Antragsgegner lehnen ihn ab; sie erklären sich indes bereit, den Arbeitern bei Wiederaufnahme der Arbeit einen Stundenlohn von 5,60 Mk. zu bezahlen.

Feuerbestattungen im Hallenschen Krematorium.

Zur Vornahme von Feuerbestattungen in Preußen ist der Nachweis, daß der Verstorbene die Einäscherung seiner Leiche angeordnet hat, beizubringen.

Dieser Nachweis ist in vielen Fällen in nicht rechtsgültiger Form ausgestellt, sodaß die Einäscherung hier nicht stattfinden konnte und die Ueberführung der Leiche nach nichtpreußischen Krematorien vorgenommen werden mußte. Die Abgabe der mündlichen Willenserklärung zur Feuerbestattung kann nur vor einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person erfolgen. Legitimation ist dabei vorzulegen.

Zur kostenlosen Ausfertigung der diesbezüglichen testwilligen Verfügung sind hier verpflichtet:

1. die Vorsteher sämtlicher hiesiger Polizeireviere,
2. der Leiter des Begräbnisamtes, Gr. Berlin 11,
3. der Inspektor des Gertraudenfriedhofes.

Privater Lebensmittelbezug aus dem Auslande.

Ueber die Möglichkeit des privaten Bezugs von Lebensmitteln, Kleidungsstoffen, Wäsche usw. aus dem Auslande bestehen vielfach Unklarheiten. Nach einer der „Kolonialen Korrespondenz" soeben zugegangenen) Mitteilung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung sind die zurzeit hierüber geltenden Bestimmungen folgende:

1. Durch Bekanntmachung vom 29. Dezember ist bestimmt worden, daß ausländische Liebesgabensendungen mit Liebesgaben aller Art, die aus dem Auslande nachweislich als Geschenk zum eigenen Bedarf des inländischen Empfängers eingehen, ohne besondere Einzelbewilligung nach Deutschland eingeführt werden dürfen. An dieser Bestimmung ist seitdem nichts geändert worden geschweige denn, daß sie eine Einschränkung erfahren hätte.

Alle Pakete, Kisten usw., die Liebesgaben enthalten, sind vollständig einfuhrbewilligungs- und beschlagnahmefrei. Es bedürfen also besondere Nahrungs- und Genußmittel, Kleider und Stoffe usw., wenn es sich um Liebesgaben handelt niemals einer besonderen Einfuhrerlaubnis.

Alle diese Vergünstigungen beziehen sich nur auf unentgeltliche Liebesgaben. Bei Umgehung für Warensendungen gegen Bezahlung bleiben Verzollung, Zollstrafen usw. vorbehalten. Der Absender von Paketen an bestimmte Personen tut gut, auf der Zollinhaltserklärung anzugeben, daß es sich um ein Geschenk für den eigenen Bedarf des Empfängers handelt.

2. Für die Frage der Verzollung ist zwischen Sendungen an Privatpersonen und an gemeinnützige Anstalten zu unterscheiden:

a) 5 Kilogramm-Pakete mit Liebesgaben irgendwelcher Art an Privatpersonen zum persönlichen Bedarf für sie und ihre Angehörigen sind künftig vollständig zoll- und abgabefrei, also nicht nur mit Mehl, Fleisch, Reis, Gerste, Speck, Schmalz, Kondensmilch usw., sondern auch in vollem Umfange für sonst zollpflichtige Waren, wie Kaffee, Kakao, Tee, Seife, Wäsche, Kleider usw. An Tabak dürfen sie zollfrei jedoch nicht mehr als 2 Kilo enthalten.

b) Sendungen von Liebesgaben irgendwelcher Art an den „Deutschen Zentralausschuß für Amerikahilfe, Berlin, Schöneberger Ufer", oder eine andere gemeinnützige Gesellschaft zur Verteilung sind wie bisher in jeder Menge vollständig zoll- und abgabenfrei. Auf Wunsch des Absenders wird der Zentralausschuß für die Amerikahilfe einzelne Sendungen an bestimmte Personen unverzollt weiterleiten, wenn die Liebesgaben zum angemessenen eigenen Bedarf dieser Personen oder ihrer Angehörigen bestimmt sind.

3. Durch eine Bekanntmachung vom 4. Oktober v. Js. ist bestimmt worden, daß außer Liebesgabensendungen ebenfalls ohne besondere Einfuhrbewilligung zur Einfuhr zugelassen sind:

Postpakete mit Lebensmitteln, ausgenommen Butter, Fleisch und Fleischwaren, Speck, Mehl, Zucker, Ananas, Ingwer, Vanille, Caviar, Caviarersatzstoffe, Caviarlake, Langusten, Hummern und Austern, zum eigenen Gebrauch des Einführenden im Rohgewicht bis zu 5 Kilo aus allen Ländern. In diesen Paketen dürfen Margarine, Schmalz, Gebäck, Teigwaren, Zuckerwerk und ähnliche Ware, Kaffee, Tee, Erzeugnisse der Kakao- und Schokoladenindustrie nur bis zum Gewicht von 2 ½ Kilo enthalten sein. Auf Grund dieser Verfügung soll es denjenigen Personen, die im Auslande keine Freunde und Anverwandte haben, möglich gemacht sein, von dortigen Firmen Pakete mit Lebensmitteln gegen Bezahlung zu beziehen.

Vor der alten Moritzburg.

Pferde scheuen, Hunde heulen
Vor der alten Moritzburg,
Ja es gehen sogar die Autos
Mit Gestank und Prauchen durch.

Menschen seh ich, angstschweißtriefend,
Händeringend, bleich, verstört,
Kleine Kinder treff ich weinend,
Ringsum Ach und Weh man hört.

Ist die Ahnfrau dort erschienen?
Spukt es auch bei Tageslicht?
Kehr'n die alten Ritter wieder?
Nein, mein Freund, das ist es nicht.

Denn ich selbst bin dort gewesen,
Pirschte mich behutsam an,
Und ich sah das Unfaßbare,
Was man nicht begreifen kann:

Vor der grauen Burg-Ruine
Steht auf blauem Pfahlein Schild,
Dessen bunt bemalte Fläche
Macht den zahmsten Menschen wild.

Schmettre, Zeus, aus Himmelshöhen
Nieder deines Blitzes-Strahl,
In Atome laß zerfliegen
Dieses Schild mitsamt dem Pfahl.

Gib uns unsre Ruhe wieder,
Mach die Nerven wieder stark,
Denn das Kunstwerk hat getroffen
Uns bis in das Lebensmark.

Lieber Maler, sei nicht böse,
Daß ich dieses Lied ersann;
Ich will dich ja doch nicht kränken,
Dazu bin ich nicht der Mann.

Male immer lustig weiter
Blau und gelb und rot und grün,
Schwelge in den Farbentönen
So lang noch ein Tropfen drin.

Aber bring die Kunstprodukte
Auch auf ihren richt'gen Fleck!
Tuft du das dann stell ich leise
Weinend meine Leier weg. — zo.

Kunst und Wissenschaft.

Zur Verjüngungstheorie. Einen wertvollen Beitrag zu der von Steinach aufgeworfenen Frage der Verjüngung, veröffentlicht Prof. Dr. Richard Mühlsam von der Chirurgischen Abteilung der deutschen Medizinischen Wochenschrift. Er hat im Anschluß an das Ergebnis Steinachs, der imstande war, jugendliche wie Spätkastraten neu zu erotisieren, Tiere nach Wunsch zu feminieren und masculieren und endlich künstliche Zwitterbildung beim Tier herzustellen, ebenso wie Lichtenstern das Geschlechtsleben des Mannes durch freie Hodenüberpflanzung zu beeinflussen versucht. In zwei operativen Fällen hat nun Mühsam gleich Lichtenstern es bestätigt gefunden, daß eine Beseitigung ausgesprochener Homosexualität erreicht wurde.

Ausländische Förderung der deutschen medizinischen Wissenschaft. Kürzlich stellten die sinnischen Aerzte ihren deutschen Kollegen mehr als 80 000 Mark für Forschungszwecke zur Verfügung, die Aerzte anderer freundschaftlich gesinnter Länder leiten Sammlungen in die Wege, und in der niederländischen Zeitschrift für Heilkunde wird jetzt, der Deutschen Medizinischen Wochenschrift zufolge, von 12 der bedeutendsten holländischen Aerzte zu Beiträgen für eine der Förderung der deutschen medizinischen Wissenschaft dienende Stiftung aufgefordert werden. Die Unterzeichner, die, unbeschadet aller Sympathien und Antipathien, den großen Nutzen anerkennen, den die Wissenschaft von deutschen Gelehrten seit Jahrhunderten erfahren hat, halten es für eine Pflicht der Dankbarkeit, den deutschen Forschern zu helfen.

Hochschulnachrichten.

Von der Universität Frankfurt a. M. Da in mehreren größeren Zeitungen mitgeteilt worden ist, die Universität Frankfurt sei in ihrem Bestand bedroht, ja schon in Auflösung, möchten wir demgegenüber feststellen: 1. daß vor kurzem die Stadt Frankfurt die Summe von 750 000 Mark zur Deckung der laufenden Unkosten der Universität unter gewissen Voraussetzungen bewilligt hat; 2. daß die preußische Regierung es für unmöglich erklärt hat, die Universität Frankfurt zu schließen, und auch ihrerseits ihre Hilfe in sicherer Aussicht gestellt hat; 3. daß auch an das Reich erneut mit der Bitte um einen Zuschuß herangetreten worden ist. Die Universität Frankfurt ist nach alledem fester denn je überzeugt, daß ihr Weiterbestehen vollkommen gesichert ist.

Provinzial-Nachrichten.

♦ **Hettstedt, 27. Juli.** (Massenerkrankungen.) Hier erkrankten 64 Personen nach dem Genuß von Rindfleisch. Man nimmt an, daß es sich um Paratyphusbazillen handelt. Das Untersuchungsamt in Halle wird mit der näheren Feststellung betraut. Die Erkrankungen sind mit Brechdurchfällen und hohem Fieber verbunden, verlaufen aber anscheinend gutartig.

? **Quedlinburg, 27. Juli.** Wilder Streik der Gärtn. Arbeiter.) Seit längerer Zeit stehen die hiesigen Gärtner und Landarbeiter mit den Arbeitgebern in Unterhandlung wegen Gewährung eines 65 prozentigen Lohnzuschlages. Das Angebot der Arbeitgeber, 45 Prozent zu bewilligen, war abgelehnt worden. Verhandlungen vor dem Tarifamt in Halle führten zu keinem Ergebnis. Daher wurde für Dienstag, den 27. Juli, eine neue Sitzung anberaumt, auf der in Quedlinburg unter dem Vorsitze des Dr. Ascherß vom Reichsarbeitsministerium direkt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandelt werden soll. Heute früh nun fand eine Versammlung statt, an der fast alle in Frage kommenden Arbeitnehmer teilnahmen. Obwohl die Verbandsvertreter, die in Halle mitverhandelt hatten, angesichts der angesetzten Verhandlung vor einem sofortigen Ausrufen des Streiks warnten, wurde doch beschlossen, schon heute in den Ausstand zu treten. Ueber die Frage, ob der Ausstand auch auf Rostandsgebiete ausgedehnt werden soll, werden die Betriebsräte und Funktionäre entscheiden.

Braunlage, 27. Juli. (Erschossen.) Bei Günzerode im Harz wurde der Handelsmann Hesse aus Braunlage, als er nachts Fleisch nach Braunlage einführen wollte, und auf Anruf mit seinem Geschirr nicht hielt, von Gendarmen erschossen.

Stendal, 27. Juli. (Zwei Soldaten ertrunken.) Die 4. Eskadron des Reiterregiments 3 badete am Sonnabend in der Elbe. Dabei ertranken zwei Dragoner, die sich über die abgesteckte Grenze hinausgewagt hatten.

♦ **Aluma, 27. Juli.** (Stiftung.) Der Direktor der Vorzellanfabrik der Verbandsvorzellan-Industrie-Aktien-Gesellschaft hat für seine Arbeiter und Angestellten 50 000 Mark gestiftet.

V **Jena, 27. Juli.** (Der Lohnstreik bei der Firma Zeiß.) Zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat der Firma Carl Zeiß waren Lohndifferenzen entstanden, die zur Anrufung des Schlichtungsausschusses in Weimar führten. Der Spruch des Schlichtungsausschusses wurde von der Arbeiterschaft angenommen, von der Geschäftsleitung aber abgelehnt, weil die Arbeiterschaft beim Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilmachung den Antrag stellte, den Spruch des Schlichtungsausschusses für verbindlich zu erklären. Der Demobilmachungskommissar hat die em Antrage keine Folge geleistet. Nach den Darlegungen der Firma würde der Spruch folgerichtig durchgeführt, eine solche Belastung der Firma mit sich bringen, daß letzten Endes die Folgen auf die Arbeiterschaft selbst zurückfallen müßten. Da aber das jetzige Lohnsystem von einigen Teilen der Arbeiterschaft als unbillig empfunden wurde, führten mehrmalige Verhandlungen des Staatskommissars mit der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat zu einer neuen Lohnregelung, über die eine Urabstimmung stattfand. Es stimmten mit Ja 2154, mit Nein 2336, ungültige Stimmen 158. Es bleibt demnach bei der bisherigen Lohnregelung.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Das Vertrauensvotum für die Reichsregierung.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Das Vertrauensvotum des Reichstages für die Regierung wegen Spa ist nunmehr gesichert. Während der Aussprache über die Rede des Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons haben sich die Regierungsparteien und die Mehrheitssozialisten auf folgenden Antrag geeinigt: Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihrer Kraft steht, rückhaltlos tun werden, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Schritte der Regierung gegen den Transport französischer Truppen.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Meldung der „Frankfurter Zeitung" über die Vorbereitung französischer Transporte für Polen unter der Maske angeblicher Auflösungsabteilungen für die in Oberschlesien stehenden französischen Truppen verlautet, daß die deutsche Regierung, die sich amtlich bereits mit dieser Mitteilung befaßte, sofort Einspruch in Paris beim Obersten Rat erheben wird, wenn das Ergebnis der Untersuchungen die Richtigkeit der Meldung bestätigt.

Alte Vereinbarungen den Truppentransport betreffend!

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Frage des Durchtransports von tschecho-slovakischen Truppenteilen durch Deutschland wird von zuständiger Stelle ergänzend mitgeteilt, daß diese rechtsmäßigen Transporte mit den augenblicklichen Verhältnissen in keiner Verbindung stehen und auf Grund alter Vereinbarungen durchgeführt werden. Voraussichtlich werden am 30. Juli und am 1. August in Cuxhaven neue Transporte eintreffen, die wieder auf demselben Wege weitergeleitet werden.

Truppentransporte durch Köthen.

Dessau, 27. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Seit heute nacht passieren in Zwischenräumen von einigen Stunden Truppentransportzüge angeblich mit tschecho-slovakischen Truppen Köthen in der Richtung nach Leipzig—Dresden. Die Köthener Bahnarbeiter, die glauben, daß es sich um Ententehilfstruppen für Polen handelt, beschlossen, den Transport der weiter angekündigten Züge zu verhindern.

Die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Auf die vom Abg. Heimann gestellte Anfrage über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben hat die Regierung geantwortet: Der Gesetzentwurf betreffend Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben liegt zurzeit dem Reichstag vor, von dem er noch nicht verabschiedet ist. Auch soll der Abschluß der Verhandlungen des Sozialisierungsausschusses abgewartet werden, der sich gegenwärtig mit dem Entwurf beschäftigt und bereits beachtliche Abänderungsvorschläge gemacht hat. Mit einer baldigen Vorlage des Gesetzentwurfes an den Reichstag wird gerechnet werden können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200728011/fragment/page=0003

Vermischtes.

Die Juwelen der Kaiserin Eugenie. Ein kleines Schmuckkästchen, das der verstorbenen Kaiserin Eugenie gehörte, wurde kürzlich, wie die Times melden, bei einer Auktion versteigert und in wenigen Minuten auf 7500 Pfund Sterling getrieben. Dieser Betrag, der sich nach heutigem Kurse auf etwa 1¼ Million Mark beläuft, wurde nur für einige wenige Stücke bezahlt. Wie hoch der Schmuck bewertet wurde, geht daraus hervor, daß Silber mit 65 Mk. pro Gramm bezahlt wurde.

Eine 28jährige Kammerjunfer aus Württemberg wurde in München festgenommen, die im Januar einem Pfandvermittler Geld und Wertsachen im Betrage von 102 000 Mark gestohlen hatte.

Ein furchtbarer Unglücksfall ereignete sich auf der Zeche Scholven bei Gelsenkirchen. Bei der Einfahrt in die Grube explodierte das Schießzeug eines Bergmanns, das er auf dem Rücken trug; er wurde buchstäblich zerrissen.

Immer wieder Schwarzengrauel. Von amtlicher Seite wird folgender unerhörter Uebergriff eines marokkanischen Soldaten, der sich bereits am 1. Juni ereignete, bekanntgegeben: In der Wohnung einer Frau R. in Trier ist ein französischer Hauptmann einquartiert, dessen Bursche jeden Morgen zu ihm kommt, um ihm den Kaffee zu bereiten. Am Morgen des 1. Juni schickte Frau R. ihr 7¼jähriges Söhnchen in die Küche, damit es sich die Schuhe hole. Gleich darauf hörte sie das Kind um Hilfe schreien. Als sie herbeieilte, konnte sie nur feststellen, daß der Soldat an dem Kleinen das Verbrechen der Päderastie begangen hatte. Der Marokkaner sagte Frau R.: „Madame, ich bin fertig und gebe Ihnen 50 Fr." Ein sofort hinzugezogener Arzt stellte das Verbrechen einwandfrei fest. Von dem Vorfall wurden die Rheinlandkommission und die militärischen Behörden in Kenntnis gesetzt. Bisher ist nicht bekannt, ob und welche Sühne das scheußliche Verbrechen gefunden hat.

Das Spiel! In Königsberg i. Pr. hat der 53 Jahre alte Depositenkassenrendant der Ostpreußischen Landschaft Selbstmord durch Erschießen verübt. Wie sich herausstellt, hat der Beamte, der bereits 25 Jahre im Dienst war, aus den ihm anvertrauten Beständen Wertpapiere in Höhe von 800 000 Mark veruntreut. Die Papiere verkaufte er. Den Erlös verspielte er in Königsberg und Crans mit bekannten Spielern und bei Rennwetten. In den letzten Tagen wurden im Zusammenhange mit diesem Vorfalle in Königsberg und Crans mehrere Spieler festgenommen, doch wurden alle wieder auf freien Fuß gesetzt.

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Grunewald.

Preis von Georgenburg (16 000 Mk., 1800 Meter): 1. Weser (Staudinger), 2. Rote Rose (Mäßig), 3. Moena (Falkenhagen). Tot.: Sieg 89, Platz 20, 19, 18 : 10. Ferner liefen Irene, Baltasar, Tetta, Raxal, Glausig.

Preis von Römerhof (22 000 Mk., 1000 Meter): 1. Geraldine (Korb), 2. Teifi (Rastenberger), 3. Feldgrau (Bellebrandt). Tot.: Sieg 27, Platz 12, 12 : 10. Ferner lief Irnela.

Lehndorf-Rennen (55 000 Mk., 2000 Meter): 1. Skarabae (Zimmermann), 2. Lorbeer (O. Schmidt), 3. Einsiedler (Janek). Tot.: Sieg 20, Platz 10, 11, 11 : 10. Ferner liefen Soldau, Dunst, Racker, Heiligenroda.

Beberbeck-Rennen (16 000 Mk., 1200 Meter): 1. Anakreon (O. Schmidt), 2. Lorenzo (Rastenberger), 3. Jok Effendi (Korb). Tot.: Sieg 20, Platz 12, 15 : 10. Ferner liefen Pirol, Snob, Crestalta.

Gradiz-Rennen (27 000 Mk., 1600 Meter): 1. Laland (O. Schmidt), 2. Bannwart (Janek), 3. Armenier (Jentsch). Tot.: Sieg 55, Platz 20, 14 : 10. Ferner liefen Gebhard, Minnesang.

Preis von Trakehnen (22 000 Mk., 2800 Meter): 1. Einhart (O. Schmidt), 2. Pillau (Gewidi), 3. Perseicus (Kasper). Tot.: Sieg 42, Platz 20, 27 : 10. Ferner lief Anemone.

Celler Ausgleich (22 000 Mk., 1600 Meter): 1. Maszin (Zimmermann), 2. Eberesche (Olejnik), 3. Konrad (O. Müller). Tot.: Sieg 59, Platz 22, 21, 37 : 10. Ferner liefen Feldherr II., Armenier, Ikarus, Segantini. Glück auf, Habemut.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Valutagefahren und Valutareformen.

Der Julibericht der Amsterdamer von der Heydt-Kerstens-Bank bemerkt über die deutsche Valuta:

Es wird höchste Zeit für eine Trennung der deutschen Währung von dem politischen Regime. Das Ideal wäre unter den heutigen Umständen vielleicht eine unabhängige Kaufmannsbank mit eigener Währung, wie z. B. früher die Hamburger Girobank mit ihrem Markbanco. Bekanntlich hat der Präsident der Niederländischen Bank, Dr. Vissering, seinerzeit Vorschläge für die Gesundung der Valuta der Mittelmächte gemacht, welche sich gleichfalls in dieser Richtung bewegen.

Für die deutsche Valuta besteht noch die besondere Gefahr, daß die Vereinigten Staaten, welche durch ihre Ankäufe deutscher Wertpapiere so viel zu der Aufwärtsbewegung der Mark beigetragen haben, diesen Lestis wieder auf den Markt werfen könnten, wenn die Spannung am New Yorker Geldmarkt weiter zunehmen sollte. Einstweilen ist dies glücklicherweise nicht der Fall. Die Geldsätze in New York haben sich sogar jüngst vielmehr auf einem etwas ermäßigten Niveau bewegt, in Zusammenhang mit dem Liquidationsprozeß an den Produktenbörsen. Dieselbe ist jetzt jedoch wieder zum Stillstand gekommen, und in einigen Branchen, namentlich in der Eisen- und Stahlindustrie, bewegen die Preise sich infolge neuer ausländischer Aufträge wiederum nach oben.

Vom Baumwollmarkt

berichten Knoop & Fabarius. Bremen, unter dem 23. Juli: In der verflossenen Woche waren die Märkte starken Preisschwankungen unterworfen; man schließt am 23. d. Mts. wie folgt:

	mid. disp.	August	Oktober	Januar
Liverpool	—,—	24,59 d.	23,20 d.	21,76 d.
New York	—,—	36,00 c.	32,96 c.	30,53 c.
New Orleans	39,75 c.	—,—	32,27 c.	30,15 c.

Die in unserem letzten Bericht erwähnte Nachfrage hat unter dem Einfluß einer stark fallenden Markvaluta und zeitweise erheblicher Erhöhung der Preise in Amerika eine für unsere Verhältnisse fast stürmische Form angenommen. Sie richtete sich auf alle Klassen, und besonders in besseren Qualitäten ist eine nicht unbeträchtliche Aufbesserung der Basis zu bemerken. Ob der scharfe Preissturz der amerikanischen Märkte in den letzten Tagen und der teure Dollar die Kauflust dämpfen werden, bleibt dahingestellt; ohne Zweifel war die Versorgung unserer Industrie eine so geringe und dieser Umstand mußte zu ähnlichen Erscheinungen auf unserem Markte führen. Die Nachrichten über die Ernte sind nicht schlechter geworden, sie lauten im Gegenteil z. B. über Texas recht günstig. Dies hat seinen Eindruck auf die Preisgestaltung nicht verfehlt. Immerhin sollte die oft betonte Knappheit der nächsten Ernte gegenüber dem Weltkonsum vor allzu optimistischen Anschauungen warnen, und wir müssen bei sich verschärfernden Wetternachrichten auf sofortige heftige Reaktionen gefaßt sein.

Aktenische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf.

Die Gesellschaft hatte eine außerordentl. Generalversammlung einberufen, in welcher über die Erhöhung des Vorzugsaktienkapitals um 13 450 000 Mark und die Aufnahme einer Hypothekenanleihe von 18 Millionen Mark Beschluß gefaßt werden sollte. **Die Verwaltung machte den Vorschlag, daß die neuen Aktien, welche vom 1. April 1920 ab dividendenberechtigt sind, an ein** Konsortium zu 120 Prozent begeben werden mit der Verpflichtung, davon 12,30 Millionen Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 1 : 1 und zwar sowohl den Stamm als auch den Vorzugsaktionären zum Kurse von 125 Prozent zum Bezuge anzubieten. Bezüglich der Anleihe teilte die Verwaltung mit, daß die Gesellschaft in Verhandlungen hinsichtlich des Abschlusses bedeutender Objekte stehe, deren Realisierung möglicherweise einen erheblich höheren Geldbedarf für die Gesellschaft erfordern werde, als die Anträge der Verwaltung dies vorsehen. Die Versammlung wolle sich deshalb hinsichtlich der Höhe der aufzunehmenden Obligationsanleihe nicht festlegen. Es wurde die Verwaltung ermächtigt, eine 4½ prozentige zu 103 Prozent rückzahlbare Anleihe in der ihr erforderlich erscheinenden Höhe auszugeben.

Ueber die Geschäftslage wurde von seiten der Verwaltung berichtet, daß das Unternehmen außerordentlich stark mit Aufträgen versehen sei, namentlich in der Abteilung für Eisenbahnmaterial, wo hauptsächlich für staatliche Rechnung Bestellungen von mehreren hundert Millionen Mark zu erledigen wären. Die Lage in den übrigen neuaufgenommenen Zweigen sei noch nicht in gleicher Weise günstig. Man hoffe aber, daß es mit der Zeit auch dort besser gehen werde. Aus der Versammlung wurde angeregt, eine Vereinheitlichung des Aktienkapitals, der Vorzugs- und Stammaktien, herbeizuführen. Dazu bemerkte die Verwaltung, daß die Stammaktien sich zum größten Teil in festen, der Verwaltung nahestehenden Händen befinden, die kaum in eine derartige Anregung einwilligen würden. Das Weiterbestehen der Stammaktien sei auch insofern zu begrüßen, als dadurch die Ueberfremdungsgefahr von der Gesellschaft ferngehalten würde. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Bankdirektor Buehrhaus von der Deutschen Bank, Filiale Düsseldorf, und Bankier Dr. G. Ratien vom Bankhaus Delbrück, Schickler & Co.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 27. Juli. An der heutigen Börse war das Geschäft nur am Montanmarkt und Petroleummarkt etwas umfangreicher und sonst still bei allerdings überwiegend festerer Kursgestaltung. Für Kohlenwerte erhielt sich unter Bevorzugung von Harpener bei einer 15 prozentigen Steigerung für diese die alte Vorliebe. Wie es heißt, sollen die Käufe wesentlich für französische Rechnung stattfinden. In ungefähr ähnlichem Ausmaße wurden auch Bochumer Gußstahl, Buderus und Kattowitzer Bergwerks-Aktien höher notiert, während für die übrigen gleichartigen Werte nur mäßige Kursbesserungen erfolgten. Bei Petroleumwerten war die Führung auf Steaua Romana bei einer ungefähr 100 prozentigen Ueberbezahlung übergegangen. Deutsche Erdöl- und Deutsche Petroleumaktien lagen still. Chemische Werte litten bis auf Theodor Goldschmidt-Aktien unter Realisierungen. Von Elektrowerten wurde Deutsch-Ueberseer bevorzugt. Kali- und Kolonialpapiere waren vernachlässigt. Für Valutapapiere bestand nur wenig Interesse. Am Rentenmarkt hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Devisenkurse.

Berlin, 27. Juli

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam – Rotterdam	1368,60	1391,40	1413,60	1416,40
Brüssel-Antwerpen	337,15	337,85	337,15	337,85
Christiania	653,35	657,65	654,35	655,65
Kopenhagen	649,35	650,65	649,35	650,65
Stockholm	866,20	863,40	865,10	865,90
Helsingfors	151,80	152,20	151,80	152,20
Italien	223,75	224,25	224,75	225,25
London	153,85	154,10	153,85	154,15
New York	45,20	40,30	39,70	39,80
Paris	315,65	316,35	316,65	317,35
Schweiz	694,30	695,70	699,30	700,70
Spanien	634,35	635,65	631,35	640,65
Wien (altes)	22,47	23,13	23,72	23,76
Wien (Deutsch-Oest. abgest.)	24,84½	24,90½	24,72	24,78
Prag	84,90	84,20	84,00	85,20
Budapest	23,82	23,88	23,72	23,78
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 27. Juli. Am Hafermarkt war das Geschäft bei wenig veränderten Preisen recht still. In Hülsenfrüchten hat sich nur wenig verändert. Die Heupreise behaupteten ihren Stand. Für drahtgepreßtes Stroh bestand einige Nachfrage.

Berlin, 27. Juli. (Amtliche Notizen.) Preis für 100 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation —. Tendenz abwartend.

Metallnotierungen.

Berlin, 27. Juli. Preise für 1000 Kilo in Mark: Raffinade-Kupfer 99 bis 99,3 Proz. 1200/1250, Original-Hüttenweichblei 485/500, Original-Hüttenrohzink im freien Verkehr 620/630, Remelted Plattenzink 420/430, Original Hütten-Aluminium 98 bis 99 Proz. (in gekerbten Blöcken) 2250, Original Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 2600, Zinn (Banca, Straits, Billiton) 4400/4500, Hüttenzinn (mindestens 99 Proz.) —,—, Reinnickel (98 bis 99 Proz.) 3500/3600, Antimon (Regulus) 725, Silber in Barren zirka 900 fein für 1 Kilo 850/885, Elektrolytkupfer (Notierung b. Ver. f. d. Elektr. Notiz) 1781.

Zuckerrübenuntersuchungen. Im Institut für Zuckerindustrie am 22. Juli ausgeführte Untersuchungen von Zuckerrüben haben für Deutschland als Durchschnittsgewicht einer Rübe 11,6 Gramm ergeben, während das Durchschnittsgewicht der Blätter 28,7 Gramm betrug und die Durchschnittsmenge des Zuckers in einer Rübe 13,6 Gramm Zucker. Der Zuckergehalt wurde auf 11,7 Gramm errechnet.

Zur Frage der Neubildung des Hefesyndikats. In der Generalversammlung des Hefesyndikats wurde mitgeteilt, daß die Versuche zur freiwilligen Neubildung eines Hefesyndikats gescheitert seien. Die Verbandsverträge dürften durch Regierungsverordnung nun bis zum 30. September 1921 verlängert werden. Für eine Reform der Verbandsorganisation wurde eine Kommission eingesetzt.

Steigerung der oberschlesischen Zementerzeugung. Auf die dringenden Vorstellungen des Berg- und Hüttenländischen Vereins hat bei der Reichswirtschaftsminister eine bessere Belieferung der oberschlesischen Werke mit Kohle durchgesetzt. Die oberschlesische Zementerzeugung hat sich bereits in den letzten Wochen infolge erhöhter Zuweisung von Kohle stark gehoben.

Kostenersteigerung in Hamburg. Am Montag wurden im Hamburger Hafen 437 Sack und 4 Kisten Rohkaffee sowie 7 Sack und 7 Kisten gebrannter Kaffee öffentlich versteigert. Es wurden gezahlt für Rohkaffee 15,25 bis 26,25 Mk. per Kilo, verzollt, und für verzollten gebrannten Kaffee 23,75 Mk. bis 24,50 Mk. per Kilo. Für ein Quantum verzollten gebrannten Kaffee wurden 12 bis 15,50 Mk. per Kilo erzielt.

Zuckerfabrik Klein-Wanzleben Rabbethge & Giesecke A.-G. Die Generalversammlung beschloß die Verdoppelung des Aktienkapitals von 10 auf 20 Millionen Mark. Die neuen Aktien, auf die 5 Millionen Mark voll gezahlt werden und 5 Millionen Mark mit 25 Prozent zur Einzahlung gelangen sollen, werden von einem Konsortium unter Führung der Hildesheimer Bank zu 105 Prozent und zwar mit der Verpflichtung, die 5 Millionen voll gezahlten Aktien den alten Aktionären zum Kurse von ebenfalls 105 Prozent im Verhältnis 2 : 1 zum Bezuge anzubieten. Neben dieser beschlossenen Kapitalsverdoppelung beabsichtigt die Gesellschaft noch die Aufnahme einer großen Schuldanleihe ebenfalls durch Vermittlung der Hildesheimer Bank. Der sehr große Geldbedarf der Gesellschaft wird mit der enormen Preissteigerung für Rüben und Rübensamen begründet.

Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein. Wie aus Köln telegraphiert wird, erklärt die Verwaltung des Lothringer Hütten- und Bergwerks-Vereins, daß augenblicklich seitens der Interessenvertretung der elsaß-lothringischen Gruben- und Hüttenwerke in Berlin Verhandlungen mit der Staatsregierung wegen barer Auszahlung von weiteren 25 Prozent der Entschädigungssumme für die in Lothringen abgetretenen Werke gepflogen werden. Bei diesen Verhandlungen kommt für den Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein ein Betrag von rund 64 Millionen in Frage. Dabei besteht aber die Verpflichtung, das erhaltene Geld weder für die Bezahlung von Dividenden, noch für die Ausschüttung eines Bonus an die Aktionäre zu verwenden. Die Entschädigungssumme dient lediglich für den Wiederaufbau.

Die Spratts Akt.-Ges. in Berlin-Rummelsburg, deren 1,2 Millionen Mark betragendes Kapital 1917 aus englischem Besitz an die Akt.-Ges. für chemische Produkte vorm. Scheidemandel in Berlin überging, schließt das Geschäftsjahr 1919 mit einem neuen Verlust von 152 573 Mark, wodurch sich die Unterbilanz auf 161 656 Mark erhöht. Im Vorjahre war ein Verlust von 227 323 Mark entstanden, der die Reserven aufzehrte, wonach noch 9083 Mark vorzutragen blieben.

Rockstroh-Werke A.-G., Heidenau bei Dresden. „Bei guter Beschäftigung erbrachte das nur für ein Monate umfassende Geschäftsjahr trotz der oft außerordentlich hohen Materialbeschaffung einen Rohgewinn von 2 029 998 Mk. (i. V. 2 427 728). Da sich die Unkosten auf 752 378 (746 795) hielten, Zinsen nur 35 468 Mk. (153 766) erforderten und Verluste auf Wertpapiere (i. V. 171 410 Mk.) diesmal nicht zu verbuchen waren, so ergaben sich nach Absetzung von 626 459 Mk. (769 098) Abschreibungen 615 693 Mk. (586 658) Reingewinn, wozu noch 25 611 Mk. (77 122) Vortrag treten. Daraus werden, wie gemeldet, wieder 14 Prozent Dividende verteilt. (Die 1,25 Millionen Mark neuen Aktien sind erst ab 1. April gewinnberechtigt.) Vorgetragen werden 36 046 Mk. (25 641). Zwar liegen noch für längere Zeit Aufträge vor, doch hat der Auftragseingang in letzter Zeit zu wünschen übrig gelassen. Die Kapitalserhöhung konnte erst im neuen Jahre durchgeführt werden infolge verzögerter gerichtlicher Eintragung der behördlichen Genehmigung. Zu den neue Jahr wurden herübergenommen 4 029 726 Mk. (1 856 539) Bestände, 1 514 852 Mk. (1 756 035) Außenstände, 182 201 Mk. (444 053) Wertpapiere und Beteiligungen sowie 3 124 009 Mk. (1 724 826) schwebende Verpflichtungen, wovon aber nur 605 405 Mk. gegen 1 074 819 Mk. i. V. auf Bankschulden entfielen.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse. Zum neuen Präsidenten wurde Geheimer Finanzrat Karl Semper, Ministerialrat im Finanzministerium, ernannt.

Berliner Börse

vom 27. Juli 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	300,00
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	74,10	Chem. Heyden	339,00
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50	Consolidation Schalk	710,00
3½% „ „	69,60	Crößwitzer Papierfbk	273,00
3% „ „	59,90	Daimler Motoren	214,50
3% „ „	60,25	Deutsche Luxemburg	300,00
4% Preuß. Konsols	68,00	Deutsche Treuhandgesellschaft	807,00
3½% „ „	59,50	Deutsche Erdöl	1825,00
3% „ „	54,60	Deutsche Gasglühl.	5000,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	93,00	Deutsche Kali	421,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Deutsche Waffen und Mun.	381,50
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—	Donnersmarckhütte	397,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	97,70	Döring & Lehrmann	160,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	99,00	Dittrkoppwerk	474,75
4½% Dess. Gas Oblig.	98,25	Engelhardt-Brauerei	242,00
4½% Dessauer Gas Obl.	93,00	Elberfelder Farben	409,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guillaume	401,50
4% Oesterr. Kronenrente	24,50	Gasmotoren Deutz	159,50
4% Ungar. Goldrente	54,50	Gebhard & Co.	—
4% Ungar. Kronenrente	28,10	Gebhard & König	245,00
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	312,00
Halberst.-Blankenb.	—	Glauziger-Zuckerfbk	502,00
Halle-Hettstedter	—	Hallesche Maschfbk.	465,00
Schantungbahn	643,00	Hann. Masch.	348,00
Allg. Lokal-Str.	99,00	Harpener Berg	393,00
Gr. Berl. Str.	128,00	Hasper Eisen	580,00
Magdeburger Str.-B.	145,00	Hirsch Kupfer	280,00
Prinz-Heinrich-B.	424,00	Höchster Farbwerke	360,00
[illegible]		Hoesch Eisen u. Stahl	400,00
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	226,00
Hambg. Paketfahrt	176,00	Humboldt Masch.	174,50
Hambg. Südamerika	230,50	Ilse Bergbau	409,75
Hansa-Dampfschiff.	383,00	Kahla Porzellan	390,25
Nordd. Lloyd	170,00	Kaliw. Aschersleben	415,00
Bank-Aktien:		Körbisd. Zucker-Akt.	400,00
Bank f. Thür.	156,00	Kyffhäuserhütte	198,50
Berl. Handelsges.	207,50	Lahmeyer & Co.	194,50
Commerz-Diskontobank	158,50	Lauchhammer	455,00
Darmstädter Bank	142,50	Laurahütte	262,00
Dessauische Landesbank	—	Linke & Hofmann	362,00
Deutsche Bank	264,00	Ludwig Loewe & Co.	280,00
Diskonto-Comm.	198,25	Lothringer Hütte	305,00
Dresdner Bank	162,0	Mannesmannröhren	378,00
Leipzig. Credit-Anst.	152,75	Masch.-Fabr. Buckau	236,00
Mitteld. Kreditbank	141,75	Oberschl. Eisenb.-Bd.	234,75
Mitteld. Privatbank	149,50	do. Caro Hag.	279,00
Nationalbank	149,50	do. Kokswerke	418,50
Oesterr. Kredit	89,2	Orenstein & Koppel	271,00
Reichsbank	157,00	Phönix Berg	448,50
Industrie-Aktien:		Rhein. Metall-Verz.	372,00
Schultheiss-Brauerei	244,75	Rhein. Stahlwerken	376,00
Akt. f. Anilin	364,00	Riebeck. Montan	377,00
Allgem. Elektr. Ges.	300,00	Rombacher Hütten	294,00
Ammendorfer Papierfabrik	660,00	Rositzer Braunk.	418,00
Anhalter Kohlenw.	288,00	Rositzer Zucker	238,75
Annaberger Steingut	348,00	Sangerhäuser Masch.	411,00
Badische Anilin	446,00	Hugo Schneider A.-G.	275,00
Bergmann Elekt. Akt.	237,00	Schuckert & Co.	198,75
Berl. Masch.-Bau	236,00	Siemens & Halske	267,00
Bismarckhütte	562,00	Stettiner Cham.	298,00
Bochumer Gußstahl	360,50	Stettiner Vulkan	228,50
Chem.-Fabr. Buckau	350,00	Stollberger Zinkh.	270,00
		Strals. Spielkarten	365,00
		Thale-Eisenhütte	416,50
		Triptis Porzellan	225,00
		Türk. Tabakregie	750,00
		Ver. Köln-Rottweiler	313,00
		Ver. Glanzstoff	1060,00
		Wegelin & Hübner	185,75
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	353,00
		Westeregeln Alkali	690,00
		Wittener Gußstahl	770,00
		Wrede Mälzerei	153,50
		Zeitzer Masch.	517,00
		Zellstoff Waldhof	328,00
		Otavi-Minen	748,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 27. Juli 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	289,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	130,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	171,00
Mansfelder Gewerkschaft	4250,00
Portland, Zementfabrik Halle	149,00
Prehlitzer Braunkohlen	1450,00
Priorit.	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage, Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer i. V.; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200728011/fragment/page=0004